

Oskar Weggel

Die Protestwelle gegen Nukleartests beginnt auch auf China überzugreifen

1 Die chinesische Außenpolitik - auf Amokkurs?

Nachdem die VRCh im Gefolge des Tiananmen-Traumas von 1989 eine Zeitlang "Außenpolitik im Büberhemd" betrieben und damit außerordentlich schnelle Therapieerfolge erzielt hatte,¹ zeigt es sich seit Frühjahr 1995 plötzlich wie ausgewechselt und mag Außenstehenden manchmal wie ein Amokläufer erscheinen:

Im Mai hob es zu einem gewaltigen Säbelrasseln an, nachdem die Regierung in Washington dem Präsidenten Taiwans Li Denghui einen Privatbesuch an seiner amerikanischen Alma mater erlaubt hatte. Alle Aussöhnungsgesten an die Adresse Washingtons schienen mit einem Male vergessen zu sein.

Auch die Vorgänge um die für Anfang September anberaumte Vierte Weltfrauenkonferenz der UNO begannen bereits im Vorfeld die Weltöffentlichkeit zu befremden, vor allem nachdem bekanntgeworden war, daß Beijing mehrere Dutzend Straftäter hatte hinrichten lassen, um für den Frauengipfel eine "sichere soziale Umwelt" zu schaffen, und nachdem sich weiterhin die Kunde verbreitet hatte, daß die Veranstaltungen der offiziellen Frauenvertretung und die der Nichtregierungsorganisationen getrennt ausgerichtet werden sollten: Mit einem besonderen Veranstaltungsort für die NROen in Huairou (wörtl. "Sehnsucht nach Sanftheit") rd. 60 km außerhalb von Beijing.

Der dritte aufsehenerregende Schritt waren Übungen mit Lenkwaffenraketen, die zwischen dem 21. und 28. Juli 1995 auf ein Zielgebiet nördlich von Taiwan abgeschossen wurden.²

Ein weiterer Fauxpas ereignete sich im Nuklearbereich: Noch kurz vor Mitte des Jahres hatte Beijing an der vom 17.4. bis 22.5. in New York abgehaltenen "Konferenz über die Verlängerung des Vertrags über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen" (VNWH) teilgenommen.

Eine Reihe von Gegnern der Verlängerung hatte damals vor allem drei Argumente ins Feld geführt, nämlich (1) gegen die Diskriminierung der Nichtatomstaaten, (2) gegen die "vertikale Verbreitung" (der VNWH banne nur die "horizontale Weitergabe" an andere Länder, nicht aber die Vergrößerung des Atomwaffenbesitzes bei den etablierten Atomstaaten) und (3) gegen die Durchführung von nuklearen Tests.

China hatte sich bei dieser Konferenz höchst verständnisvoll gegeben und seinen altbekannten Standpunkt vertreten, daß es zu keiner Zeit und unter keinen Umständen zuerst nukleare Waffen einsetzen oder mit deren Einsatz drohen werde. China wolle im UNO-Sicherheitsrat darauf hinwirken, daß allen Nichtatomstaaten, die nuklearen Angriffen oder Angriffsdrohungen ausgesetzt sind, in angemessener Weise geholfen und daß der nukleare Aggressor streng bestraft werde - als ob ein zum Angriff entschlossener Atomstaat sich vor Strafdrohungen der UNO einschüchtern ließe!³

Die Unterschriften unter die Verlängerungsvereinbarungen von New York waren noch nicht trocken, da veranstaltete China am 15. Mai einen unterirdischen Atomwaffentest in der Wüste Lop Nor - und verstieß damit bereits zum vierten Male gegen das 1982 von den Atomwaffenbesitzern vereinbarte Moratorium gegen solche Versuche (das von China allerdings nicht mitunterzeichnet worden war!).

Den Nachbarn der Volksrepublik schien es zunächst einmal die Sprache verschlagen zu haben.

Schon vor diesem 42. Test hatte die Volksrepublik allerdings angekündigt, daß sie 1995 und 1996 je drei Tests durchführen und sich dann erst nach Beendigung dieser Serie den Beitritt zum Testmoratorium überlegen wolle.

Mit der Explosion vom 15. Mai hatte China zur Genüge deutlich gemacht, daß es sich um die Meinungen der anderen keinen Deut schert.

Ermutigt von der chinesischen Dreistigkeit gab nun auch eine andere Atommacht, nämlich Frankreich, bekannt, daß sie sechs bis sieben weitere Tests durchführen wolle, und zwar erneut im pazifischen Atollgebiet von Mururoa.

Für China war diese Ankündigung wie ein Geschenk, da es auf weitere Tests überhaupt nur dann verzichten zu wollen erklärte, wenn auch die anderen Atomwaffenbesitzer deutliche und verbindliche Verzichtserklärungen aussprächen.

China und Frankreich schaukelten sich hier also aneinander hoch, ohne daß dies allerdings verabredet gewesen wäre.

Kaum war die französische Erklärung bekanntgeworden, brach im Pazifik ein Sturm der Entrüstung los, wie er beim chinesischen Test vom 15. Mai noch ausgeblieben war. Diese unterschiedliche Reaktion verleitete die chinesischen Behörden offensichtlich zu der Meinung, daß sich die Proteste nur gegen Frankreich, nicht aber gegen die

VRCh richteten; denn schon drei Monate nach dem Coup vom 15. Mai folgte, und zwar am 17. August 1995, der zweite Schlag. Es war der insgesamt 43. Atomtest der VR China seit 1964 - und dies ausgerechnet kurz nach den 50 Jahre-Gedenkfeiern für die Atombombenopfer von Hiroshima und Nagasaki.

Von Fingerspitzengefühl der VRCh konnte hier nun ganz gewiß nicht mehr die Rede sein; entsprechend scharf fielen denn die Proteste nun endlich auch der asiatischen Nachbarn aus. Die heftigsten Reaktionen kamen aus Japan, Südkorea, der Mongolei und einigen ASEAN-Staaten, nicht zuletzt auch vom South Pacific Forum, dessen Generalsekretär noch am Tage des Tests seine Empörung zum Ausdruck brachte.⁴

Besonders heftig reagierte aber, wie gesagt, Japan, das sich gegenüber China bisher äußerste Zurückhaltung auferlegt, ja, wie manche Kritiker meinten, sich duckmäuserisch verhalten hatte. Proteste kamen diesmal nicht nur von Seiten der LDP sowie von den Bürgermeistern Hiroshimas und Nagasakis, sondern auch von der japanischen Regierung selbst, die ihr "äußerstes Bedauern" über den Test aussprach, die ferner darauf hinwies, daß Tokyo bei Beijing immer wieder auf einen Testverzicht gedrängt habe und die nicht zuletzt ankündigte, ihre Entwicklungshilfe an China rückgängig machen zu wollen.⁵

Am 29. August 1995 konkretisierte das japanische Außenministerium die Reaktion vom 18. August und gab bekannt, daß Japan weitere Hilfszahlungen an China bis zu dem Zeitpunkt einstellen wolle, da China einen endgültigen Teststopp erkläre.

Für das Jahr 1995, das am 31. März 1996 ausläuft, hatte Japan den Chinesen 7,8 Mrd. Yen (= 80,7 Mio. US\$) als Gratihilfe und zusätzliche 140 Mrd. Yen als Kredite versprochen. Die Yen-Kredite (weiche Kredite, die zu meist den japanischen Export fördern) würden allerdings durch den Schritt nicht getroffen.⁶

Die chinesische Seite, die sich allen Protesten und Einstellungsaufforderungen gegenüber bisher höchst ungerührt verhalten hatte, zeigte sich von dieser materiell schmerzhaften Sanktion nun plötzlich beeindruckt. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Chen Jian, erklärte am 29. August, daß China die Entscheidung Japans, seine "Gratihilfe an China für 1995" einzustellen, aufs höchste bedauere. Die chinesisch-japanische Entwicklungszusammenarbeit erfolge auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils und es könne deshalb niemandem gestattet sein, Hilfsleistungen an politische Bedingungen zu knüpfen.⁷ Bei den japanischen Protesten handele es sich um einen Sturm im Wasserglas.⁸

Gleichzeitig teilte China den Japanern mit, es wolle noch zwei weitere Untergrundtests durchführen, bevor es 1996 einen "globalen Atomtestverzichtsvertrag" unterzeichne.⁹

Das Außenministerium, das die "chinesische" Empörung so lautstark zum Ausdruck brachte, kann über das japanische Verhalten unmöglich überrascht gewesen sein.

Gerade im Zusammenhang mit der Testpolitik wurde erneut deutlich, daß in der VR China, wie unten noch näher auszuführen, verschiedene Bürokratien gegeneinander im Gefecht stehen - hie die außenpolitische, dort die militärpolitische - und daß die rechte Hand oft nicht weiß, was die linke tut; sonst wäre die Koinzidenz von gutwilligen Erklärungen in New York und der zwei Wochen später erfolgenden Explosion in Lop Nor kaum zu erklären!

2 Greenpeace demonstriert in der Höhle des Löwen

Weltweite Aufmerksamkeit fand der Test vom 17. August aber in erster Linie nicht deshalb, weil Japan mit seinen Kürzungsvorschlägen ernst machte und seine Wirtschaftshilfe (also seine eigentliche Stärke) erstmals als diplomatisches Druckwerkzeug einsetzte, sondern weil kurze Zeit vorher, nämlich am 15. August, sechs Greenpeace-Aktivisten auf dem Platz vor dem Tor des Himmlischen Friedens eine auch mit Hilfe des ausländischen Fernsehens gut dokumentierte Protestaktion durchgeführt hatten, wobei sie ein fünf Meter langes Transparent mit der englischen und chinesischen Aufschrift "Stoppt alle Atomtests in China" entrollten. Schon wenige Minuten später waren sie festgenommen worden, darunter der neue internationale Greenpeace-Geschäftsführer Thilo Bode und zwei weitere Deutsche. Nach Protesten, u.a. auch von Bundesaußenminister Klaus Kinkel, waren sie allerdings bereits am Abend wieder freigelassen worden und hatten die Nacht unter Bewachung in einem Beijinger Hotel verbringen müssen.

Eine offizielle chinesische Stellungnahme zu der Aktion wurde nicht abgegeben. Der Sprecher des Außenministeriums erklärte lediglich, die Demonstranten seien als Touristen nach China gekommen und hätten dann Aktivitäten durchgeführt, die nicht mit diesem Status zu vereinbaren seien. Dies sei illegal.

Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen begann in diesem Zusammenhang, sofort die deutsche Außenpolitik wieder zu kritisieren. Sie forderte Außenminister Kinkel auf, eine "härtere Gangart" gegenüber China einzuschlagen und keine weiteren Wirtschaftsverträge mehr mit Beijing abzuschließen, solange China nicht nur das Testverbot mißachte, sondern auch die Grundrechte mit Füßen trete. Die Festnahme der Greenpeace-Mitarbeiter sei ein Skandal. Der Vorfall stehe leider in der chinesischen Tradition der Unterdrückung jeglicher Opposition. Frankreichs Präsident Chirac, der ebenfalls auf Atomtests bestehe, müsse nun endgültig wissen, in welche Gesellschaft er sich da begeben habe!¹⁰

In einem Kommentar¹¹ hieß es, daß Beijing nicht Paris sei. Es sei einfacher, sich mit einer hochverwundbaren Firma wie Shell anzulegen - oder aber mit einem demokratischen, der öffentlichen Meinung verpflichteten Nachbarn wie Frankreich. Der Peking-Protest habe denn auch die "ausschließliche Fixierung auf Frankreich als den bösen Testbuben durchbrechen" wollen. Das Beijinger Regime lege sich gern und ausgiebig mit jedermann an. Die Reihe der Feinde sei lang: Greenpeace - eher Mücke denn Elefant - rangiere ganz unten. An der Spitze der Züchtigungs-

kandidaten stehe Amerika (und, wie hier hinzuzufügen ist, auch Japan!). Die "brutale Arrestaktion gegen die Greenpeace" folge dem alten Muster: auf jeden Schelm anderthalbe. Verursacht sei diese Politik offensichtlich durch den Streit über die Nachfolge in China und durch den Versuch, die unglaublich gewordene Ideologie des Marxismus-Leninismus durch verstärkten Nationalismus zu ersetzen.

Beijing reagierte auf die Greenpeace-Aktion auf zweifache Weise: Es schickte, wie erwähnt, die festgenommenen Greenpeace-Aktivistinnen am 16.8. außer Lande, und es führte - eben! - seinen weiteren Test am 17.8. durch.

3 Konnte die Greenpeace-Aktion etwas bewirken?

Durch das Vorgehen der couragierten Sechser wurden nicht weniger als drei Adressaten angesprochen, nämlich die Weltöffentlichkeit, die chinesische Führung und das chinesische Publikum:

- Am schnellsten reagierte die Weltöffentlichkeit, die auf dieses Signal geradezu gewartet zu haben schien - und auf deren Meinung Beijing ja in der Tat auch immer weniger achtlos vorbeigehen kann, zumindest weiß dies die chinesische Außenpolitik.

- Ohne Echo blieb dagegen der Aufruf an das innerchinesische Publikum - zumindest mag es dem Ausland so erschienen sein. In Wirklichkeit freilich gibt es hier viele Teilöffentlichkeiten, die außerordentlich sensibel reagieren und die über subtile Kommunikationsmöglichkeiten verfügen, angefangen vom guten alten Tonband bis hin zu den Datenautobahnen, wie sie zwischen den Wirkungsstätten der Intelligenzija - den wissenschaftlichen Akademien und den Hochschulen - längst bestehen.

Schon bei den Studentendemonstrationen von 1986 und 1989 waren die einzelnen Universitäten und Akademien über jeden Schritt ihrer Kommilitonen bestens im Bild gewesen, mochte er sich auch im fernsten Winkel des Reiches ereignen haben. Da nützte es auch nichts, daß die KPCh eine anscheinend wasserdichte Kontrolle über die Medien ausübt. Gerade weil die chinesische Gesellschaft so stark zellularisiert ist, gibt es so viele partikuläre Empfängerkreise, zwischen denen die Buschtrommel auf Anhieb funktioniert und die sich kaum kontrollieren lassen. Auch die Greenpeace-Botschaft ist deshalb ganz gewiß nicht ungehört verhallt - zumindest nicht bei einer Hörschaft, deren Meinung den Parteigremien immer weniger gleichgültig sein darf.

- Wie aber verhält es sich mit dem Hauptadressaten, nämlich der chinesischen Führung? Ist sie überhaupt beeinflussbar und für Außeneinflüsse empfänglich?

Im Zeitalter Mao Zedongs war dies ganz gewiß noch nicht der Fall gewesen. Seit Beginn der Reformen, vor allem aber seit jener Protestwelle, die im Gefolge des Tianan-

men-Massakers 1989 über Beijing hinwegrollte, sind die Machthaber der VR China sensibler und dünnhäutiger geworden.

Außerdem wirken im modernen China alte konfuzianische Traditionen nach: Für nichts ist deshalb auch der moderne chinesische Politiker anfälliger geblieben als für moralische Unwerturteile, sei es nun im Bereich der Menschenrechte oder der internationalen Benehmenskodizes, wie z.B. der Durchführung von Nukleartests. Eilfertig wurden hier deshalb stets moralische Gegenerwägungen vorgebracht, wie z.B. kulturelle Unterschiede im Menschenbild bei der Menschenrechtsdiskussion oder aber Verteidigungsargumente im Zusammenhang mit den Nukleartests.

Der Westen sollte sich ferner darüber im klaren sein, daß es in der chinesischen Führung zwei Bürokratien gibt, die sich seit Jahren in den Haaren liegen: Auf der einen Seite steht das Außenministerium mit seinem polyglotten und welterfahrenen Personal, das sehr wohl weiß, welches Gewicht der internationalen Meinung zukommt, vor allem nachdem China 1995 zum Hauptempfänger westlicher Investitionen und zum Profiteur aus Handelsüberschüssen geworden ist, die sich allein gegenüber der EU auf rd. 10 Mrd. ECU pro Jahr belaufen. Investitionsverdrossenheit oder ein Warenboykott könnten sich hier verheerend auswirken.

Auf der anderen Seite freilich hat sich das Militär mit seinen Scheuklappen, seinen Ellbogen und seiner Rücksichtslosigkeit aufgebaut und mit den beiden Atombombentests i.J. 1995 - der eine nur zwei Wochen nach dem Ende der New Yorker Konferenz, der andere nach dem Greenpeace-Protest - demonstrativ vorgeführt, wie wenig es sich um die Meinung anderer zu scheren bereit ist.

Die Greenpeace-Aktion vom 15. August ist dem Außenministerium vielleicht ganz recht gewesen - und auch die Weltfrauenkonferenz dürfte nicht ohne Wirkung auf das Politbüro bleiben, dem im Streit zwischen weltoffenen und reaktionären Systemen ja allemal die letzte Entscheidung zukommt. Auch ein Boykott der Weltfrauenkonferenz hätte sich in diesem Zusammenhang höchst schädlich und kontraproduktiv auswirken können, da er Wasser auf die Mühlen der isolationistischen und partizipationsfeindlichen Kräfte in China gewesen wäre!

Anmerkungen:

- 1) Näheres dazu C.a., Februar 1992, S.87-112.
- 2) Näheres dazu mit Karte im Militärthema des vorliegenden Hefts.
- 3) XNA, 20.4.95 und C.a., April 1995, Ü 7.
- 4) Radio Neuseeland in SWB, 22.8.95.
- 5) Kyodo in SWB, 18.8.95.
- 6) AWSJ, 30.8.95.
- 7) *Wen Wei Po* in SWB, 31.8.95.
- 8) Kyodo in SWB, 24.8.95.
- 9) SCMP, 26.8.95.
- 10) Wiedergegeben in SZ, 17.8.95.
- 11) SZ, 16.8.95.